

Klare Abzugsperspektive erforderlich

Seit 2001 hat Deutschland Verantwortung in Afghanistan übernommen, um zu Sicherheit, Wiederaufbau und Entwicklung des Landes beizutragen. Zu dieser Verantwortung stehen wir auch heute als größte Oppositionspartei im Deutschen Bundestag.

Jetzt geht es darum, die Weichen für einen erfolgreichen Einsatz der 43 Staaten in Afghanistan zu stellen, um den Abzug der deutschen und internationalen Streitkräfte zu ermöglichen. Kein Bundeswehreininsatz im Ausland ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit, so wie es konservative Politiker wie Verteidigungsminister Guttenberg gerne hätten. Jeder Auslandseinsatz muss zeitlich befristet sein. Das gilt auch für den Einsatz in Afghanistan. Deshalb haben Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel die Bundesregierung aufgefordert, den Beginn des Rückzug der Bundeswehr im Jahr 2011 und die Beendigung des Einsatzes in einem zeitlichen Korridor zwischen 2013 und 2015 festzulegen.

US-Präsident Obama hat bereits in seiner „Westpoint“-Rede am 1. Dezember 2009 angekündigt, Mitte 2011 mit dem Abzug der amerikanischen Soldaten aus Afghanistan zu beginnen. Daher müssen in den kommenden Monaten die Anstren-

gungen beim zivilen Wiederaufbau, der Polizei- und Armeeausbildung massiv verstärkt werden, um die Schaffung selbsttragender Sicherheit und funktionstüchtiger staatlicher Strukturen voran zu treiben.

Wir haben die öffentliche Debatte begonnen

Frank-Walter Steinmeier hatte bereits im Spätsommer 2009 mit seinem 10-Punkte-Plan die Richtung vorgegeben. In einem gemeinsamen Positionspapier von Partei und Fraktion, das gegenwärtig auf zahlreichen Veranstaltungen diskutiert wird, wurden nun klare Erwartungen an die Bundesregierung formuliert, um den Afghanistaneinsatz erfolgreich beenden zu können.

Die wichtigsten Punkte für uns sind:

- Der Schutz der Zivilbevölkerung, der auch in der noch verbleibenden Zeit im Mittelpunkt unseres Engagements stehen muss,
- eine deutliche Verstärkung der Aktivitäten im Bereich der Ausbildung und Ausstattung der afghanischen Sicherheitskräfte und eine klare Festlegung auf endgültige Zielgrößen beim Aufbau von Polizei und Armee,
- die Erstellung eines konkreten Zeitplans für die schrittweise Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte in der Nordregion,

Zahlen, Daten, Fakten zur Entwicklung in Afghanistan

ISAF-MANDAT

- Beschluss und Einsatz ISAF Dezember 2001
- Commander derzeit: General (USA) Stanley A. McChrystal
- 43 truppenstellende Nationen
- ISAF-Truppen insgesamt: etwa 84.150
- Deutsches Kontingent: 4.270; Mandat bis zu 4.500
- 26 Provincial Reconstruction Teams (PRTs)

OEF-MANDAT

Beginn Mandat OEF Oktober 2001 (Deutschland ist seit Ende 2008 nur noch am Horn von Afrika beteiligt, die SPD-Bundestagsfraktion hat der Mandatsverlängerung am 3.12.2009 nicht zugestimmt)

FINANZIELLER UMFANG

- Die internationale Gemeinschaft hat bislang insgesamt ca. 42,3 Mrd. US-\$ für den zivilen Wiederaufbau Afghanistans zugesagt (2002 bis 2011).

- Deutschland hat im Zeitraum von 2001 bis 2010 insgesamt mehr als 1,3 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt und ist damit nach USA und Japan drittgrößter bilateraler Geber.
- Umfang der deutschen Entwicklungszusammenarbeit pro Jahr: Auswärtiges Amt: ca. 108 Mio. Euro (2009), Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: ca. 144 Mio. Euro (2009)

AUSBILDUNG POLIZEI/MILITÄR

- Afghan National Army ANA: ca. 95.000 (Ziel 171.000)
- Afghan National Police ANP: ca. 90.000 (Ziel 134.000)

BILDUNG

- Zahl der Schulen (2008): 9.500; seit 2001 wurden mehr als 3.500 Schulen gebaut.
- Gesamtzahl Schüler/Schülerinnen: 6,2 Mio. (mehr als verfunffacht); davon 2,4 Mio. Mädchen (35 %)

(Unter den Taliban besuchten nur 1 Mio. Jungen die Schule)

GESUNDHEIT

Medizinische Grundversorgung für 80 % (statt 8 % in 2001) der afghanischen Bevölkerung

INFRASTRUKTUR

- Wiederherstellung der wichtigsten Verkehrsroute (sog. „Ring Road“), in deren Einzugsgebiet 60 % der Bevölkerung leben, auf ca. 2.000 km
- Insgesamt ca. 13.000 km Straße rekonstruiert
- Wasserversorgung: In Herat wurde durch deutsche Entwicklungszusammenarbeit Ende 2007 eine Versorgung von 80 % der Stadtbevölkerung erreicht.
- In weiteren städtischen Gebieten (Kabul, Kundus, Mazar) gibt es im Wasser- und Energiebereich ebenfalls sichtbare Fortschritte.

- der Beginn des Rückzugs der Bundeswehr parallel zur angekündigten Reduzierung der US-Truppen im Sommer 2011,
- Entwicklung und zeitliche Einordnung messbarer und qualitativer Fortschrittskriterien bei der Sicherheitssituation, der Armutsentwicklung, der Versorgung der Bevölkerung und bei weiteren Verbesserungen der afghanischen Regierungsführung;
- Übernahme der Sicherheitsverantwortung durch die afghanische Armee und Polizei bis spätestens 2015, wie von der afghanischen Regierung selbst angestrebt, um die Voraussetzung für die endgültige Beendigung des Einsatzes der Bundeswehr in einem zeitlichen Korridor zwischen 2013 und 2015 zu schaffen,
- die Einbeziehung aller Kräfte des Landes in einen Waffenstillstands-, Friedens- und Versöhnungsprozess,
- deutlicher Aufwuchs der Hilfe beim zivilen Aufbau ohne zeitliche Befristung.

SPD prüft Mandatsantrag kritisch und verantwortungsvoll

Die Bundesregierung hat es in den Wochen vor der Londoner Afghanistankonferenz versäumt, rechtzeitig eine eigene Strategie zu entwickeln, in der sie ihre Vorstellungen vom weiteren Vorgehen in Afghanistan darlegt. Erst Ende Januar konnte sich die Koalition auf ein gemeinsames Konzept verständigen, das die Bundeskanzlerin

einen Tag vor der Londoner Konferenz dem Bundestag präsentierte. Frank-Walter Steinmeier hat in seiner Erwiderung auf Westerwelles Rede am 10. Februar deutlich Position bezogen. Wir begrüßen, dass die

Regierung in mehreren Punkten auf uns zu gekommen ist und SPD-Positionen übernommen hat. Bis zur endgültigen Abstimmung über ein neues Bundestagsmandat am 26. Februar muss die Bundesregierung aber noch erklären, wofür die geplante Reserve von 350 Soldaten vorgesehen ist.

In Verantwortung für den Einsatz in Afghanistan

Wir stehen zu unserem Engagement in Afghanistan und dem Einsatz der Bundeswehr im Auftrag der Vereinten Nationen. Gerade weil wir es uns mit Entscheidungen über den Einsatz militärischer Mittel nie leicht gemacht haben, sind für uns die genannten Punkte so zentral. Die SPD-

Bundestagsfraktion hat von Beginn des Afghanistaneinsatzes an deutlich gemacht, dass der Kampf gegen den Terrorismus mit militärischen Mitteln allein nicht zu gewinnen ist und den neuen globalen Bedrohungen auf Dauer nur mit einer konsequenten zivilen Konfliktbearbeitung und Krisenprävention entgegen gewirkt werden kann. In einem gemeinsamen Entschließungsantrag der damaligen Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen (Drs 14/7513 vom 16.11.2001) stellte der Deutsche Bundestag fest, dass „dem Terrorismus der Nährboden nur entzogen werden kann, wenn die internationale Gemeinschaft ihre Anstrengungen verstärkt, lange schwelende Regionalkonflikte zu lösen, die immer wieder einen Nähr- und Resonanzboden für den Terrorismus bilden“. Diese Erkenntnis hat bis heute Gültigkeit. Insofern fordern wir die Bundesregierung auf, ihre Anstrengungen auf diesem Gebiet deutlich zu verstärken.

Guttenberg vom eigenen Haus zurückgepiffen

Verteidigungsminister Guttenberg hat sich in den vergangenen Wochen vor allem durch großspurige Ankündigungen hervorgetan. Zunächst fabulierte er wochenlang von „kriegsähnlichen Zuständen“ in Afghanistan, um Anfang Januar etwas vorschnell anzukündigen, die Bundesregierung werde die Lage in Afghanistan als „nichtinternationalen bewaffneten Konflikt“ einstufen, um damit eine angeblich bislang fehlende Rechtssicherheit für die Soldaten herzustellen. Abgesehen davon, dass Guttenberg damit dem Bundestag noch im Dezember 2009 ein Mandat vorgelegt hätte, das für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr mit einer fragwürdigen Grundlage ausgestattet gewesen wäre, wurde er inzwischen sogar von seinem eigenen Ministerium zurückgepiffen. So musste das Verteidigungsministerium in einer Antwort auf Anfrage der SPD-Fraktion eingestehen, dass es „nicht in der Entscheidungskompetenz der Bundesregierung (stehe), ob in Nordafghanistan ein nichtinternationaler bewaffneter Konflikt anzunehmen ist“. Somit hat Guttenberg zum wiederholten Mal mehr zur Verunsicherung als zur Versachlichung der Debatte beigetragen.

Diskussion in Fraktion und Partei vertiefen

Die SPD steht zu ihrer internationalen Verantwortung. Verlässlichkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik ist ein hohes Gut, das von uns niemals leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird. Deshalb haben wir mit dem Steinmeier/Gabriel-Papier den Startschuss für eine vertiefte Debatte innerhalb unserer Partei und Fraktion gegeben.

Weiterführende Informationen gibt es hier:
spdfraktion.de/afghanistan

Untersuchungsausschuss befragt Guttenberg im März

Zunächst wird sich der Untersuchungsausschuss in den nächsten Wochen mit den Vorgängen am 4. September 2009 befassen. Ab 18. März beginnt dann die Befragung der militärischen Führungsebene und der politisch Verantwortlichen. Verteidigungsminister Guttenberg wird als erster Zeuge der SPD-Bundestagsfraktion am 18. oder 24. März dem Ausschuss Rede und Antwort stehen.